

Einführung

Als „Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR“ von Ilko-Sascha Kowalczuk im Frühjahr 2013 erschien, löste es heftige Debatten innerhalb der DDR-Forscher-Zunft aus. Auch zahlreiche Medien berichteten über das Buch. Die Auseinandersetzungen kamen nicht unerwartet, zumal das gut lesbare Werk einen breiten Leserkreis ansprach und dabei mehrere prinzipielle Forschungsfragen aufgeworfen wurden. Bedauerlicherweise drehte sich die öffentliche Debatte jedoch fast ausschließlich um die von Kowalczuk korrigierte Zahl der inoffiziellen Mitarbeiter (IM) von 188 000 auf 109 000. Die bisweilen übertriebenen Reaktionen bestätigten ironischerweise – wie bereits Jens Gieseke in seiner Rezension zu Kowalczuks Buch angemerkt hat – die primäre Kritik an der bisherigen IM-Forschung.¹

Kowalczuk geht es weniger um Zahlen und Statistiken, sondern um neue Perspektiven in der qualitativen Forschung zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) – auch im Blick auf die IM. So resümiert er in „Stasi konkret“ weitgehend zu Recht, das undifferenzierte Label „IM“ habe seit 1990 einen scheinbar einheitlichen Personentyp konstruiert, der lebensfremd und ahistorisch sei. Zugleich werde mit der Fokussierung auf die IM der Staatssicherheit die nicht zu dieser Kategorie gehörende Mehrheit moralisch entlastet. Deshalb gelte es, durch eine neue IM-Forschung die jeweiligen Personen in den Blick zu nehmen und nicht nur die meist schmalen Ausschnitte, die sich mit der Kategorie „IM“ erfassen lassen.² Mittels einer historisierenden IM-Forschung könne „den IM gesellschaftshistorisch ein anderer Platz zugewiesen werden, nämlich nicht aufgrund eines Labels, sondern in Hinsicht auf das konkrete Tun des Einzelnen und konkret biographisch“.³ Diese Sichtweise ermöglicht zudem die dringend gebotene differenzierte Betrachtung von IM bzw. schließt sie zwangsläufig ein.⁴

Während der breiten Öffentlichkeit wohl leider nur die Debatte um die IM-Zahlen im Gedächtnis bleiben wird, zeigen wissenschaftliche Rezensionen, dass Kowalczuks Anregungen im Blick auf eine weiterführende IM-Forschung und darüber hinaus auf eine historisierende MfS-Forschung durchaus begrüßt wer-

1 Vgl. Jens Gieseke, Besprechung von: Ilko-Sascha Kowalczuk, *Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR*, München 2013. In: *H-Soz-u-Kult*, 5.9.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-3-130>.

2 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, *Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR*, München 2013, S. 238.

3 Vgl. ebd., S. 214.

4 Ansätze zu einer differenzierten Betrachtung einzelner IM-Fälle, die den biographischen Kontext der Personen berücksichtigen und auch anderen Quellen in die Analyse einbinden, gibt es durchaus. Vgl. u. a. Andreas Kötzing, „Keine einfachen Wahrheiten“. Die Leipziger Dokumentarfilmwoche und der Fall IM „Walter“. In: *Deutschland-Archiv online*, 45 (2012) 6.

den.⁵ In seinem Buch gelingt Kowalczuk zwar keine wissenschaftliche Historisierung des MfS und seiner Entwicklung, aber er setzt mit seinen Forschungsfragen darauf abzielende Impulse. Kowalczuk plädiert dafür, die Staatssicherheit und ihre Geschichte zu entmystifizieren, zu entdämonisieren und zu historisieren. Die Geschichte des MfS müsse zum einen als Teil einer DDR-Gesellschaftsgeschichte und zum anderen eher als Wirkungsgeschichte staatlicher Repression denn als Institutionengeschichte geschrieben werden.

In der Öffentlichkeit sei – so Kowalczuk – bisher nicht nur häufig „der Blick für die Komplexität von SED-Diktatur und DDR-Gesellschaft“ verloren gegangen, sondern die Staatssicherheit auch „als einziges Kernelement der Diktatur“ konstruiert worden.⁶ Für die Öffentlichkeit mag dieses Urteil zutreffen, für die mittlerweile erschienene Forschungsliteratur keinesfalls. Gibt es doch durchaus Studien, die eine komplexe Sicht auf die DDR-Gesellschaft bzw. auf ausgewählte Teilbereiche aufweisen und dabei auch die Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED-Führung reflektieren.⁷ Ihm ist jedoch zuzustimmen, wenn er *generell* fordert, „die Geschichte des MfS im System der SED-Diktatur zu verorten, sie zu historisieren und nüchtern zu betrachten“.⁸ Ihm ist auch beizupflichten, wenn er zur „Erforschung der SED-Diktatur und der DDR-Gesellschaft, aber auch bei künftigen Forschungen zur Stasi [...] neue Ansätze und Perspektiven“ anmahnt, um „die vielen verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft im Ganzen“ zu betrachten.⁹ In diesem Zusammenhang rät er u. a. zu methodischen Anleihen bei der NS-Forschung.

In der Tat finden in der aktuellen NS-Forschung Debatten statt, die teilweise noch über den von Kowalczuk vorgeschlagenen Ansatz hinausgehen. Sie verdeutlichen, wie wenig hinreichend die Gegenüberstellung von Herrschaft und Gesellschaft, von Herrschenden und Beherrschten für die Beschreibung der sozialen und politischen Realität im Nationalsozialismus ist. Gewinnbringender für die Forschung ist es, alle Personen und Personengruppen einer Gesellschaft als *Akteure* mit eigenen Motivationen, Initiativen und Handlungsspielräumen zu begreifen. Dabei geht es auch um Erkenntnisse über deren soziale Interaktionen und letztendlich um eine Sichtweise, welche die (unterschiedliche) Teilhabe der Vielen am Regime in den Mittelpunkt rückt.¹⁰

5 Vgl. neben der Rezension von Jens Gieseke u. a. die Rezensionen von Andreas Malycha (In: *sehpunkte*, 14 (2014) 2, 15.2.2014, www.sehpunkte.de/2014/02/23119.html) und Vera Lengsfeld (http://gedenkbibliothek.de/download/Vera_Lengsfeld_zu_-_Ilko-Sascha_Kowalczuk_Stasi_konkret._berwachung_und_Repression_in_der_DDR.pdf).

6 Vgl. Kowalczuk, *Stasi konkret*, S. 359.

7 Vgl. beispielsweise Udo Grashoff, „In einem Anfall von Depression ...“. *Selbsttötungen in der DDR*, Berlin 2006.

8 Vgl. Kowalczuk, *Stasi konkret*, S. 11.

9 Vgl. ebd., S. 18.

10 Vgl. beispielsweise Frank Bajohr/Michael Wildt, Einleitung. In: dies. (Hg.), *Volks-gemeinschaft. Neuere Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frank-

Kowalczyk moniert zu Recht, „dass wir bei der gesamten Problematik von Denunziation und Verrat in der Gesellschaft wissenschaftlich noch ganz am Anfang stehen.“ Deshalb sei es dringend notwendig, die Tätigkeit der IM in den Kontext anderer Formen des Verrats zu stellen.¹¹ An einem Projekt zum Thema „Denunziation. Alltag und Verrat in der DDR“ arbeitet gegenwärtig Anita Krätzner (unter Leitung von Kowalczyk) in der Forschungsabteilung des BStU. Ausgehend davon, dass sich die Analyse von Denunziation in der DDR bisher meistens auf die IM beschränkt hat, zeigt Krätzner im vorliegenden Heft, wie sich neue Perspektiven für die Denunziationsforschung entwickeln lassen. Sie stellt bisher vernachlässigte Formen von Kooperation mit der Staatssicherheit vor und nimmt dabei das denunziatorische Handeln aller Beteiligten in den Blick.

In „Stasi konkret“ beschreibt Kowalczyk darüber hinaus, wie das MfS mit anderen Institutionen zusammenarbeitete.¹² Auch in Beiträgen dieses Heftes werden solche Kooperationsformen analysiert. So steht im Mittelpunkt des Aufsatzes von Rainer Ericas die enge Verflechtung von Bezirksärzten mit staatlichen Gremien und der Staatssicherheit. Die Ärzte arbeiteten an einer Schnittstelle zwischen Gesundheitsministerium und regionalen medizinischen Einrichtungen und besaßen dadurch weitreichenden Einfluss. Ericas verdeutlicht am Beispiel der Ärzte, wie fließend die Grenzen zwischen offizieller Zusammenarbeit und Spitzeltätigkeit waren.

Auch im Beitrag von Francesca Weil geht es um Vorgänge, in die mehrere staatliche Institutionen, darunter die Staatssicherheit, involviert waren. Im Mittelpunkt steht die Biographie von Freiherr Adolf von Wirsing, Amtshauptmann von Annaberg (1928–1945), der zu jener Beamtenelite gehörte, die als Repräsentant obrigkeitstaatlicher, altnationaler Traditionen galt. Wirsing sandte in beiden deutschen Diktaturen kritische Schriftstücke an staatliche Einrichtungen. Auf den ersten Blick erscheint er daher als eigensinnige, weitgehende autarke Persönlichkeit, die auch vor gegebenenfalls damit einhergehenden Konsequenzen nicht zurückscheute.

Dem Artikel von Renate Hürtgen liegt die von ihr verfasste Monografie zugrunde,¹³ in der sie die Herrschaftspraxis im Umgang mit Ausreise-Antragstellern im Kreis Halberstadt in den 1970er und 1980er Jahren mikrohistorisch untersucht. Hier ist u. a. interessant, dass die Staatssicherheit auf der Kreis- und Bezirksebene (im Gegensatz zur zentralen Ebene) der einflussreichste Akteur bei der Behandlung der Ausreiseanträge war. Hürtgen veranschaulicht, inwie-

furt a. M. 2009, S. 7–23; Michael Wildt, Von Apparaten zu Akteuren. Zur Entwicklung der NS-Täterforschung. In: Angelika Benz/Marija Vulesica (Hg.), *Bewachung und Ausführung. Alltag der Täter in nationalsozialistischen Lagern*, Berlin 2011, S. 11–22; Günther Heydemann/Jan Erik Schulte/Francesca Weil, Einleitung. In: dies. (Hg.), *Sachsen und der Nationalsozialismus*, Göttingen 2014, S. 9–19, hier insbesondere S. 15 f. Ähnliche Forschungsansätze gab und gibt es auch in der DDR-Forschung.

11 Vgl. Kowalczyk, *Stasi konkret*, S. 12.

12 Vgl. ebd., S. 14.

weit sich alle anderen Institutionen in die geheimpolizeilichen Strukturen ein- und unterordneten, während sich die SED-Gremien weitgehend heraushielten. Das MfS nahm hier eine dominierende Rolle ein, ohne seine grundsätzliche Stellung als Instrument der SED-Führung zu verlieren.

Andreas Malycha wiederum beschreibt in seinem Beitrag die Ohnmacht der Staatssicherheit angesichts der Wirtschaftskrise in den 1980er Jahren. Obwohl in den internen Berichten und Informationen des MfS die tatsächliche Wirtschaftslage in der DDR mehr oder weniger deutlich angesprochen und auch einige der Ursachen dafür benannt wurden, konnte die Staatssicherheit keine konzeptionellen und personellen Alternativen zum Wirtschaftskurs der SED anbieten.

Darüber hinaus schlägt Kowalczuk in seinem Buch vor, für den Paradigmenwechsel in der MfS-Forschung auch auf komparatistische Perspektiven auf andere Ostblockstaaten zurückzugreifen. Der vorliegende Beitrag von Tytus Jaskułowski beinhaltet zwar in erster Linie eine Analyse der konfliktreichen Beziehung zwischen dem polnischen Geheimdienst und der Staatssicherheit der DDR in den Jahren 1974 bis 1990, doch schließt diese Schilderung eine vergleichende Perspektive zwangsläufig ein.¹⁴ Dabei erscheint der polnische Geheimdienst keineswegs – wie vielleicht erwartet – als passiv oder als ein schwacher Geheimdienst im Gegensatz zum „starken“ MfS. Jaskułowski beschreibt beide Institutionen eher als „Gegenspieler“, die sich in ihren Auseinandersetzungen der gleichen Methoden, Instrumente und Abwehrmechanismen bedienten.

Im Hinblick auf die öffentliche Mythologisierung der Staatssicherheit spielen mediale Inszenierungen eine entscheidende Rolle. Andreas Kötzing beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Stilisierung der Staatssicherheit als scheinbar „allmächtigem“ Geheimdienst am Beispiel einzelner DEFA-Agentenfilme aus den 1960er Jahren. Inhaltlich reproduzieren diese Filme all jene Bedrohungsszenarien, die von der SED-Propaganda zur Rechtfertigung des Mauerbaus bemüht wurden. Sie konstruieren die Staatssicherheit als jederzeit abwehrbereiten Geheimdienst, der nicht zur Überwachung der DDR-Bevölkerung eingesetzt wird, sondern sie vielmehr vor drohenden Gefahren schützt.

Alle Beiträge des Heftes illustrieren gemeinsam das Potential einer historisierenden MfS-Forschung, in der die Bedeutung der Staatssicherheit im Kontext des SED-Herrschaftssystems hinterfragt wird. Die Fallbeispiele konzentrieren sich auf die handelnden Akteure, die gesellschaftlichen Strukturen sowie die Wechselwirkungen mit anderen politischen Institutionen und ermöglichen so einen differenzierenden Blick auf die konkrete Wirkungsmacht des MfS.

Andreas Kötzing und Francesca Weil

13 Renate Hürtgen, *Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz*, Göttingen 2014.

14 Vgl. ausführlich Tytus Jaskułowski, *Przyjaźń, której nie było. Ministerstwo Bezpieczeństwa Państwowego NRD wobec MSW 1974–1990*, Warszawa 2014.